

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 154. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 27. Januar 2005

#### Tagesordnungspunkt 3:

- a) Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Jahreswirtschaftsbericht 2005 der Bundesregierung**  
**Den Aufschwung stärken – Strukturen verbessern** (Drucksache 15/4700)

.....  
14376 B

- b) Unterrichtung durch die Bundesregierung: **Jahresgutachten 2004/2005 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**  
(Drucksache 15/4300) .....

14376 B  
14376 C

#### **Petra Pau (fraktionslos):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung für das Jahr 2005 gibt eine vorsichtige Wachstumsprognose für das Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 1,7 Prozent an. Zugleich wird eine noch höhere Arbeitslosenzahl als 2004 angenommen. Der Trend ist also genau umgekehrt, als noch im Herbst vorausgesagt und auch im Deutschen Bundestag von der Bundesregierung verkündet wurde. Das Hauptproblem für 4,5 bis 5 Millionen unmittelbar Betroffene und damit auch eines der Kardinalprobleme für die Sozialsysteme bleibt also unverändert riesengroß. Die Massenarbeitslosigkeit nimmt sogar zu. Das ist das belastende Minus der Wachstumsprognose der Bundesregierung.

Als Wirtschaftshemmnisse wird gern auf die hohen Ölpreise und den im Vergleich zum Dollar zu starken Euro verwiesen. Dass beide Faktoren Einfluss auf die Wirtschaft und ihre Entwicklung haben, liegt auf der Hand. Aber das sind nicht die einzigen Faktoren, die hemmend wirken. Die entscheidende Schwachstelle ist nach wie vor der **Binnenmarkt**. Diese Schwachstelle ist hausgemacht; denn die Agenda-2010-Politik der Bundesregierung stärkt nicht den Binnenmarkt, sondern schwächt ihn weiter. Allein durch Hartz IV und das Arbeitslosengeld II wurden dem Binnenmarkt Milliarden Euro an Kaufkraft entzogen. Das senkt die Nachfrage und gefährdet insbesondere kleine und mittelständische Betriebe. Ergo sind weitere Arbeitsplätze gefährdet und es werden keine neuen geschaffen. Deshalb hat die PDS im Bundestag immer gesagt: Hartz IV ist nicht nur unter sozialen Gesichtspunkten falsch. Hartz IV ist vielmehr auch in wirtschaftlicher Hinsicht kontraproduktiv, allemal in ohnehin strukturschwachen Regionen, und zwar sowohl im Osten als auch im Westen der Republik.

Obendrein werden Begehrlichkeiten geweckt, die unter dem Strich ebenfalls negativ zu Buche schlagen werden. Die so genannten **1-Euro-Jobs** für Arbeitslosengeld-II-Empfänger im Bereich der gemeinnützigen Leistungen waren noch nicht einmal eingerichtet, da riefen schon die Unternehmerverbände: Hier sind wir! 1-Euro-Jobs sollten auch in der Wirtschaft geschaffen werden, so die gesetzwidrige Forderung. Ausgerechnet der für den Aufbau Ost zuständige Minister Stolpe wurde in der vergangenen Woche mit den Worten zitiert, er könne sich das gut vorstellen.

Die PDS lehnt dies konsequent ab. Wir fordern stattdessen, alles zu unterlassen, was Lohndumping befördert, die Kaufkraft der Beschäftigten senkt und den Binnenmarkt weiter schwächt. Es ist höchste Zeit für eine Grenze, damit Beschäftigte von ihrer geleisteten Arbeit wirklich leben können. Deshalb begrüße ich, dass nach Verdi nun auch die IG Metall wieder über einen gesetzlich fixierten

**Mindestlohn** nachdenkt. Nach Berechnungen vieler Sozialwissenschaftler müsste ein Mindestlohn oberhalb von 1 400 Euro brutto angesiedelt werden. Die PDS schließt sich dieser Auffassung an. Ich erwarte von den Fraktionen der SPD und der Grünen, dass sie sich ebenfalls in Richtung eines Mindestlohngesetzes bewegen.

Es gibt weitere Faktoren, die ihre Schatten vorauswerfen und auf soziale Standards zielen sowie den Binnenmarkt weiter schwächen werden. Ich verweise nur auf die **EU-Dienstleistungsrichtlinie**. Bleibt sie so, wie sie derzeit geplant ist, dann wird sie einen EU-weiten Wettlauf um niedrigste Sozial- und Umweltstandards eröffnen. Das ist weder im Sinne der Bürgerinnen und Bürger noch im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Deshalb fordert nicht nur die PDS: Die EU-Dienstleistungsrichtlinie muss gründlich überarbeitet werden, und zwar auch im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Zugleich gilt es, gemeinsam mit Polen und Tschechien die **EU-Anschlussregionen** gezielt und beschleunigt zu entwickeln, so wie es Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit der Oderregion gemeinsam vorhaben. Das ist umso dringlicher, als die anhaltende und notwendige EU-Förderung für ostdeutsche Regionen zumindest bislang nicht gesichert zu sein scheint. Die EU-Osterweiterung birgt große Chancen für alle Beteiligten. Sie birgt aber auch Gefahren für ganze Regionen. Auch das gehört zur Wirtschaftsprognose.

Schließlich werden der Binnenmarkt und die Wirtschaftsentwicklung so lange schwächeln, solange die Kommunen als Auftraggeber ausfallen. Anders gesagt: Wir brauchen eine Steuerreform, mit der die Nachfrage angekurbelt und nicht weiter gedrosselt wird. Die rot-grüne Politik bewirkt allerdings das genaue Gegenteil. Gerechtigkeit halber muss man allerdings sagen, dass die bekannten Forderungen von CDU/CSU das Manko sogar noch potenzieren würden.

Ich wiederhole: Die meisten Probleme, die wir heute behandeln, sind in politischer Hinsicht hausgemacht.